



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie -

## Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 24. Februar 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-21-0007

### **Zukunft der Anerkennungsberatung für Zuwanderer - Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 -**

Viele Zuwanderer, die nach Deutschland kommen, sind gut qualifiziert und haben Abschlüsse in ihrer Heimat erworben. Seit dem 01.04.2012 gibt es ein Bundesgesetz zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und seit dem 12.12.2012 das Hessische Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen. Um eine Anerkennung von Abschlüssen auf dem stark formalisierten deutschen Arbeitsmarkt zu bekommen, gibt es aber einige Hürden zu überwinden. Es müssen schriftliche Anträge gestellt werden und übersetzte beglaubigte Kopien von Zeugnissen bei verschiedenen Stellen eingereicht werden. Hier ist eine kompetente Beratung essentiell, um alle benötigten Unterlagen zusammenzustellen und zu klären, ob sich ein Anerkennungsverfahren überhaupt lohnt.

Seit Januar 2015 wird die institutionalisierte Beratung in Wiesbaden unter dem Dach der Organisation IQ Netzwerk Hessen durchgeführt. Das bundesweite Förderprogramm "Integration durch Qualifizierung (IQ)" hat das Ziel, die Arbeitsmarktchancen von erwachsenen Migrant\*innen in Deutschland zu verbessern. Bis jetzt ist noch unklar, wie es nach der aktuellen Förderperiode weitergehen soll, nach dem jetzigen Kenntnisstand soll die Förderung ab 2023 eingestellt werden. Der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung kommt vor dem Hintergrund, dass es in einigen Bereichen, wie dem Gesundheitssektor, einen großen Facharbeiter\*innenmangel gibt, eine besondere Bedeutung für den lokalen Arbeitsmarkt zu und sie benötigt deshalb auch in Zukunft eine sichere Finanzierungsaussicht.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie der jetzige Kenntnisstand über die zukünftige Förderung der Anerkennungsberatung ist.
2. Wie im Falle eines Auslaufens der Förderung mit dem Bedarf an Beratung umgegangen werden soll.
3. Ob es Pläne vonseiten der LHW gibt die möglicherweise ausfallende Förderung zu übernehmen.
4. Welche Instrumente oder überregionalen Kooperationsnetzwerke installiert werden könnten, um die vorhandenen Strukturen zu ergänzen oder notfalls zu ersetzen.

**Beschluss Nr. 0006**

Der Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021 wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2021

Rutten  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2021

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Gabriel  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .03.2021

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Mende  
Oberbürgermeister